Dorniedden

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.48 18.8.1974

6 frankfurt 1
homburger str. 36
tel: 0611/774696

postscheckkto.ffm
w.spruck, ffm.6o
nr. 52 52 28-602

bürozeiten:
mo, mi, fr, 11-15 uhr

redaktionsschluß:
freitag 20 uhr

verantwortlich:
walter spruck
6 frankfurt
karbener str. 1

kontaktzentren:

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel: 44 40 03

463 bochum-querenbg
ev.stud.gemeinde
lennershofstr. 66/VIII
tel: 70 14 65

5 köln
pol.buchladen
zülpicher str. 197
tel: 44 61 71

74 tübingen
aktion pol.buchl.
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchhandlung
adalbertstr. 41b
tel: 280 95 22

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelsstr. 62
tel: (01) 39 12 67

INLAND

DOKUMENTATION

monatsabo 6,- dm
gegen vorkasse

FRANKFURT (ID) KAMPF DER ARBEITSHETZE

12. august

bei "adler" - eine von den größten fabriken in frankfurt; schreibmaschinen und rechenmaschinen werden da hergestellt - hat die betriebsleitung die urlaubszeit zu akkorderhöhungen benutzt, ohne daß dabei mehr lohn für die arbeiter herauskam. aber auch mehr lohn würde im grunde nichts ändern an der höllischen mehrbelastung, die die akkorderhöhung mit sich bringt. die meisten kollegen kennen die akkorde und die taktzeiten nicht. sonst informiert sie die konrad-gerhardt-bande (zwei betriebsräte) auch nicht darüber, und jetzt, wo viele kollegen wegen urlaubsvertretung an anderen maschinen arbeiten, wi rd versucht, die stückzahlen unter der hand heraufzusetzen, ohne daß die kollegen davon was merken.

als z.b. in der einen abteilung einige in urlaub gegangen waren, erhöhte der meister die bandgeschwindigkeit, daraufhin stoppte ein kollege das band. die reaktion der bosse war die: sie griffen sich einen heraus und drohten ihm mit entlassung. und was untemahm der betriebsrat in diesem fall? garnichts ! und die gewerkschaftsvertreter in der akkordkommission? auch nichts!

in einer anderen abteilung wurde die stückzahl so hoch geschraubt, daß ein kollege sich beschwerte. anstatt sie runter zu setzen, holte der meister einen stopper und meinte nach 12 minuten stoppzeit, daß der akkord zu schaffen ist, wenn man von den 12 minuten auf die 8 stunden hochrechnet. ein schlechter witz ist sowas! in 12 minuten ist nicht festzustellen, wieviel man in 8 stunden schaffen kann! aber die stückzahl wurde nicht geändert, und die akkordkommission (die besteht aus gewerkschaftlern und betriebsleitung) rührte sich diesmal auch nicht.

solche und ähnliche schweinerein hat sich die betriebsleitung geleistet, als die erste gruppe der kollegen auf urlaub war. sie erreichten damit, daß mit halber belegschaft nicht 50 %, sondern weit darüber prodziert wurde.

aber das maß wurde dann voll, als die geschäftsleitung mitgeteilt hat, daß nach betriebsvereinbarung - die keiner kannte!- ca. 1/3 der urlaubsgelder einbehalten und erst nach dem urlaub ausgezahlt wird . (die erste gruppe, die im urlaub war, hat es hingenommen). es gab eine sehr gespannte stimmung im ganzen betrieb. überall wurde geschimpft, geredet; an einigen plätzen hörten die kollegen zu arbeiten auf. daraufhin hat die betriebsleitung schnell reagiert, sie haben es nicht darauf ankommen lassen. sie haben sofort versprochen, die "vereinbarung"zu ändern und am freitag, am letzten tag vor dem urlaub, war das ganze geld da.

FRANKFURT (ID) DER MAGISTRAT ALS ARBEITGEBER - KITA-MITARBEITER WERDEN ZU VERHÖREN BEORDERT

16. august

(kitas = städtische kindertagesstätten in frankfurt. modellversuch des magistrats für "emanzipatorische"und "repressionsarme" erziehung)

als im februar dieses jahres der magistrat der stadt frankfurt die seit jahren erkämpften und besetzten häuser bockenheimer ldstr./schumannstr. räumen ließ, protestdemonstrationen mit brutalem polizeieinsatz auseinandergetrieben wurden und der magistrat das demonstrationsverbot gegen die bevölkerung aussprach, riefen mehrere hundert frankfurter - darunter auch etliche kitaerzieher - durch ein flugblatt auf zu einer demonstration für das recht auf freie meinunsäußerung, demonstration und versammlung.

die tatsache, daß hier menschen gegen ihn offen stellung bezogen, veranlaßte den magistrat zu dem versuch, nachträglich einen keil in die bewegung hineinzutreiben. und da setzt er natürlich da an, wo er den schein des "normalvorgangs" am besten bewahren kann - bei seinen eigenen beschäftigten: anhörungen sind vorgschrieben, "wenn tatsachen bekannt werden, die den verdacht eines dienstvergehens zulassen" - so rhein, spd-schuldezernent (fr vom 9. 8. 74).

per brief und telephonisch forderte der amtsjurist des schulamtes, roos, seit dem 23. 7. sieben willkürlich herausgegriffene kita-mitarbeiter auf, einzeln - einer nach dem andern - zum anberaumten termin im schulamt mündlich zu ihrer unterschrift stellung zu beziehen. ein schriftliche, gemeinsame stellungnahme zu den verhören wurde ebenso wie eine gemeinsame mündliche vernehmung mit dem hinweis auf "nicht üblich" abgelehnt.

die verhöre selbst hatten zum inhalt,
- ob, aber vor allem, wann und wo die mitarbeiter unterschrieben hätten (etwa während der dienstzeit am arbeitsplatz?)
- ob sie auch in zukunft so ihre rechte wahrzunehmen gedächten und der angelpunkt
- obsie nicht durch ihre handlung ihre dienstpflichten dem magistrat als arbeitgeber gegenüber verletzt hätten.

alle kita-mitarbeiter beharrten während des protokollierten verhörs auf ihrem recht, sich frei zu äußern als teil der bevölkerung dieser stadt. gegen diese verhöre - mitten in die allgemeinen

resolution, in der die kita-mitarbeiter unter anderem ihre unterschrift politisch rechtfertigen: "das recht der bevölkerung, der wähler - auch wenn sie bedienstete der stadt sind -, diese politischen vertreter offen zu kritisieren und zur rechenschaft zu ziehen, lassen wir uns nicht nehmen." und sie fordern die stellungnahme des schuldezernenten zu den verhören. bereits bis zum 6. august hatten 90 % der zu dieser zeit anwesenden kita-mitarbeiter diese resolution unterschrieben.

glaubt man nun dem amtsjuristen roos, so sind diese anhörungen eine ganz harmlose sache, mit denen der magistrat sich vor der cdu auf deren anfrage hin legitimieren muß.

doch wie sieht es in wirklichkeit aus?

die protokolle - vor der öffentlichkeit versteckt - kommen in die personalakte und sollen auskunft geben über politische betätigung, gesinnung und zuverlässigkeit des jeweiligen bediensteten und dienen als beweisgrundlage für nachfolgende verhöre, nichteinstellungen und politische kontrolle überhaupt - das kennen wir aus dem verfahren mit lehrern und den absichtsbekundungen der spd und cdu -, um den bundesländern gegenseitig zu ermöglichen "informationen" auszutauschen, um einheitlicher gegen die fortschrittlichen kräfte im öffentlichen dienst vorgehen zu können.

aber der schuldezernent rhein, spd, kündigte selbst in einem hearing seine neue politik an, daß nämlich mitarbeiter, die öffentliche kritik äußern, in den kitas nicht länger mitarbeiten sollen. diese politik bekam eine kita-mitarbeiterin bereits zu spüren, als sie als ötv-vertrauensfrau (im auftrag der ötv-mitgliederversammlung) in ihrer freizeit unterschriften in kitas und den anderen kindertagesstätten dafür sammelte, daß die kinder jederzeit - wie vor der einführung des fvv- unentgeltlich die öffentlichen verkehrsmittel benutzen können. sie wurde vom amtsleiter gemaßregelt.

die absicht des schulamtes ist klar: durch diese manöver politischer disziplinierung will es sich die atmosphäre schaffen, um auch die nächsten maßnahmen gegen kita-mitarbeiter, kinder und eltern reibungslos durchsetzen zu können: u.a. verkürzung der öffnungszeiten der kitas, wegfall (oder verkürzung?) der vorbereitungszeit und der teambesprechungen.

daß das schulamt und der magistrat sich hier täuschen,zeigt die reaktion der der kita-mitarbeiter.

MANNHEIM (ID)

BERICHT EINES GEFANGENEN ÜBER DIE VORGÄNGE IM GEFÄNGNIS HERZOGENRIEDSTR. 111

(auszüge aus zwei briefen des gefangenen otto worm an das landgericht stuttgart und an den mannheimer "morgen")

am 15. 5. 74 mußte ich auf transport. am 29. 5. 74 kehrte ich aus stuttgart wieder zurück. unterwegs hatte ich im gefängnis ludwigsburg gehört, daß in der zelle 1329 (in mannheim) in der nacht vom 26. zum 27. 12. 73 (anm. gr: richtig: 27./28.12. 73) der gefangene vaas (anm. richtiger name vast) von mehreren gefängniswärtern getötet worden ist. daß weitere mitgefangene von justizwachtmeistern bedroht wurden, falls sie der kriminalpolizei (mordkommission mannheim) allzuviel darüber bezeugen wollten. mehrere hatten sich so einschüchtern lassen und andere sich gar nicht erst als zeugen deswegen gemeldet.

hierzu wurde die mannheimer mordkommission tätig. sie stellte spuren von blut außen an den riegeln der zellentür fest, mit der blutgruppe des toten. das verfahren wurde aber eingestellt, weil in jener nacht 5 gefängniswärter nachtwache hatten und alle 5 versichert hatten, sie seien es nicht gewesen und wüßten auch nicht, wer es getan haben könnte. bringen sie mir die namen jener 5 gefängniswärter, die nachtwache hatten, ich werde dann den oder die täter ihnen daraus namentlich benennen können. seinen angehörigen wurde mitgeteilt, er sei nachts in der zelle umgefallen und dabei versehentlich mit dem kopf aufs bett gefallen, sodaß er daran dann verschied. die attestierte todesursache lautete: "tod durch äußere einwirkungen."

schon im januar 1974 erfolgte wieder eine grausame folterung. ein mannheim-heidelberger taxifahrer uwe w. wurde mit den händen auf dem rücken in handschellen so schwer unten im keller gefoltert, daß er nur durch einen zufall überlebte. er trägt heute eine gesichtsplastik, und selbst der justizfiskus hat ihm ca. 10.000 mark schmerzensgeld angeboten. er befindet sich jetzt im gefängnis von freiburg.

im april wurde herbert g. von einem gefängniswärter ebenfalls gefoltert. er wurde dabei auch verletzt, aber ohne daß bleibende schäden entstanden. das verfahren ist anhängig beim amtsgericht mannheim, aktenzeichen 22 gs 311/74.

bereits im november 1973 wurde bernhard sch. vom gleichen gefängniswärter in solch bestialischer weise und gemeinsam mit einigen weiteren justizwachtmeistern gefoltert, daß es heute nur wie ein wunder ist, daß er überlebte. er hat noch heute davon eine bleibende verletzung, wo man ihn mit füßen an den kopf trat.

ich habe diese verletzung selbst gesehen. es ist als beabsichtigter totschlag zu werten, wenn man einen gefangenen überwältigt, um ihn in einen raum zu schleppen, wo man ihn auf den boden wirft und dann (mindestens drei wärter) wie besessen mit den stiefeln nach ihm tritt, - auch wenn er zufällig überlebte.

zur frage der folternacht von pfingsten 1974 hier im mannheimer gefängnis:
ich selbst liege schräg gegenüber der zelle 2321. dort lagen der engländer robert williams, der us - amerikaner stacy hata aus kalifornien, sowie der türke irfan akinal in einer gemeinschaftszelle. zwar wurde in dieser zelle nur der amerikaner und der engländer gefoltert. dies deshalb, weil sie

mehrmals habe ich dann noch über die vollzugsleitung wegen folterungen um benachrichtigung der kripo gebeten. das wurde stets abgelehnt.

doch am 17.7.74 um 13 uhr wurde wieder ein gefangener hier schwer gefoltert. hierbei wurde er lebensgefährlich verletzt. schon am 18.7. vor 6 uhr morgens sahen wir, wie er auf dem totenkarren in die krankenabteilung geschoben wurde. er war völlig leblos. und nach 6.3o uhr wurde er vom drk-krankenwagen in ein städtisches krankenhaus überführt. ein mitgefangener, der ihn persönlich kannte, erfuhr von gemeinsamen bekannten, daß er anderen tags seinen verletzungen erlag. zwar hatte ich sofort die mannheimer kripo deswegen angeschrieben, doch kam diese erst nach zwei wochen zur spurensicherung hier an. inzwischen war seine zelle von allen blutspuren gereinigt.+

ich selbst bin schon mehrmals gefoltert worden. so hatte man mir erst im november 1973 beide vorderzähne eingeschlagen, weil ich mal darauf verwies, daß ich angehörige in ns-vernichtungslagern hatte. (otto worm)

+anmerkung: nach angabe des anstaltsleiters recher soll der gefangene einen selbstmordversuch unternommen haben

SCHWÄBISCH GMÜND (ID) HUNGERSTREIK IN DER VOLLZUGSANSTALT GOTTESZELL

3. august

am 3. august sind 27 gefangene der vollzugsanstalt gotteszell in den hungerstreik getreten. der äußere anlaß war die isolierung von vier gefangenen aus der jugendabteilung, womit die anstaltsleitung beabsichtigte, sie zu angaben über einen gemeldeten vorfall zu erpressen. dieser vorfall bestand darin, daß einer anderen gefangenen die haare abgeschnitten wurden, weil sie unter den gefangenen besprochene dinge an die beamten denunziert hatte.

daß es den gefangenen aber nicht um diesen einen vorfall geht, sondern um einen prinzipiellen protest gegen die zwangsanstalten der justiz, geht aus der erklärung hervor, die sie nach draußen schickten:

"da die zustände des vollzuges der schwäbisch-gmünder anstalt menschenunwürdig, deprimierend und diskriminierend sind und die gefangenen schwerste schäden erleiden, unsere vorschläge diese zustände zu ändern, aber ignoriert werden und mit erpressung und gewalt bestraft und unterdrückt werden, sehen wir uns gezwungen, uns durch den hungerstreik zu menschenwürdigen zuständen zu verhelfen. wir streiken so lange, bis man auf unsere forderungen eingeht, und zwar ersichtlich und nicht mit versprechungen. wir fordern, weil wir zu einem früheren oder späteren zeitpunkt wieder als psychisch und physisch gesunde menschen in freiheit leben wollen:

1. sofortige (oder nach frist vereinbarte) absetzung der gegenwärtigen anstaltsleitung
2. besetzung der anstaltsleitung mit pädagogisch und psychologisch geschulten fachkräften (keine verwaltungsfachkräfte, weil wir menschen sind und keine gegenstände, die man verwaltet.)
3. mitspracherecht in allen, die gefangenen betreffenden belangen des strafvollzugs.
4. gleiches recht für alle gefangenen
5. keine hausstrafen
6. nie wieder gewaltanwendung durch männliche beamte bei uns frauen.
7. offene türen innerhalb der anstalt...
8. kontakt der gefangenen untereinander auch aus verschiedenen abteilungen.
9. unbeschränktheit der bildungsmöglichkeiten
10. ausweitung des bildungsprogrammes
11. umwandlung der anstaltseigenen handwerksbetriebe in lehrbetriebe. gewährleistung vollständiger berufsausbildung
12. anhebung der arbeitsentlohnung entsprechend der preissteigerungsrate
13. anhebung des verpflegungssatzes entsprechend der preissteigerungsrate
14. besseres essen
15. verbesserung der medizinischen versorgung
16. tägliche benutzung der turnhalle
17. zusicherung, daß wegen des streiks keine gefangene als rädelsführer oder anstifter bestraft werden wird, da wir alle alt genug sind, um selbst die mißstände zu kritisieren und dagegen zu protestieren.
18. zurücknahme aller ausgesprochenen hausstrafen, da dies pure repressalien sind, um die gefangenen einzuschüchtern und ihre meinung zu unterdrücken.

das ministerium hat mit uns allen zu verhandeln, nicht mit einzelnen und nicht mit der leitung oder dem (anstaltseigenen) gefangenenrat, da diese nicht für uns sprechen können.

die repressalien der anstaltsleitung haben in der jva gotteszell seit etwa

mehrmals habe ich dann noch über die vollzugsleitung wegen folterungen um benachrichtigung der kripo gebeten. das wurde stets abgelehnt.

doch am 17.7.74 um 13 uhr wurde wieder ein gefangener hier schwer gefoltert. hierbei wurde er lebensgefährlich verletzt. schon am 18.7. vor 6 uhr morgens sahen wir, wie er auf dem totenkarren in die krankenabteilung geschoben wurde. er war völlig leblos. und nach 6.3o uhr wurde er vom drk-krankenwagen in ein städtisches krankenhaus überführt. ein mitgefangener, der ihn persönlich kannte, erfuhr von gemeinsamen bekannten, daß er anderen tags seinen verletzungen erlag. zwar hatte ich sofort die mannheimer kripo deswegen angeschrieben, doch kam diese erst nach zwei wochen zur spurensicherung hier an. inzwischen war seine zelle von allen blutspuren gereinigt.+

ich selbst bin schon mehrmals gefoltert worden. so hatte man mir erst im november 1973 beide vorderzähne eingeschlagen, weil ich mal darauf verwies, daß ich angehörige in ns-vernichtungslagern hatte. (otto worm)

+anmerkung: nach angabe des anstaltsleiters recher soll der gefangene einen selbstmordversuch unternommen haben

SCHWÄBISCH GMÜND (ID) HUNGERSTREIK IN DER VOLLZUGSANSTALT GOTTESZELL

3. august

am 3. august sind 27 gefangene der vollzugsanstalt gotteszell in den hungerstreik getreten. der äußere anlaß war die isolierung von vier gefangenen aus der jugendabteilung, womit die anstaltsleitung beabsichtigte, sie zu angaben über einen gemeldeten vorfall zu erpressen. dieser vorfall bestand darin, daß einer anderen gefangenen die haare abgeschnitten wurden, weil sie unter den gefangenen besprochene dinge an die beamten denunziert hatte.

daß es den gefangenen aber nicht um diesen einen vorfall geht, sondern um einen prinzipiellen protest gegen die zwangsanstalten der justiz, geht aus der erklärung hervor, die sie nach draußen schickten:

"da die zustände des vollzuges der schwäbisch-gmünder anstalt menschenunwürdig, deprimierend und diskriminierend sind und die gefangenen schwerste schäden erleiden, unsere vorschläge diese zustände zu ändern, aber ignoriert werden und mit erpressung und gewalt bestraft und unterdrückt werden, sehen wir uns gezwungen, uns durch den hungerstreik zu menschenwürdigen zuständen zu verhelfen. wir streiken so lange, bis man auf unsere forderungen eingeht, und zwar ersichtlich und nicht mit versprechungen. wir fordern, weil wir zu einem früheren oder späteren zeitpunkt wieder als psychisch und physisch gesunde menschen in freiheit leben wollen:

1. sofortige (oder nach frist vereinbarte) absetzung der gegenwärtigen anstaltsleitung
2. besetzung der anstaltsleitung mit pädagogisch und psychologisch geschulten fachkräften (keine verwaltungsfachkräfte, weil wir menschen sind und keine gegenstände, die man verwaltet.)
3. mitspracherecht in allen, die gefangenen betreffenden belangen des strafvollzugs.
4. gleiches recht für alle gefangenen
5. keine hausstrafen
6. nie wieder gewaltanwendung durch männliche beamte bei uns frauen.
7. offene türen innerhalb der anstalt...
8. kontakt der gefangenen untereinander auch aus verschiedenen abteilungen.
9. unbeschränktheit der bildungsmöglichkeiten
10. ausweitung des bildungsprogrammes
11. umwandlung der anstaltseigenen handwerksbetriebe in lehrbetriebe. gewährleistung vollständiger berufsausbildung
12. anhebung der arbeitsentlohnung entsprechend der preissteigerungsrate
13. anhebung des verpflegungssatzes entsprechend der preissteigerungsrate
14. besseres essen
15. verbesserung der medizinischen versorgung
16. tägliche benutzung der turnhalle
17. zusicherung, daß wegen des streiks keine gefangene als rädelsführer oder anstifter bestraft werden wird, da wir alle alt genug sind, um selbst die mißstände zu kritisieren und dagegen zu protestieren.
18. zurücknahme aller ausgesprochenen hausstrafen, da dies pure repressalien sind, um die gefangenen einzuschüchtern und ihre meinung zu unterdrücken.

das ministerium hat mit uns allen zu verhandeln, nicht mit einzelnen und nicht mit der leitung oder dem (anstaltseigenen) gefangenenrat, da diese nicht für uns sprechen können.

die repressalien der anstaltsleitung haben in der jva gotteszell seit etwa

einem jahr - wie in allen anderen anstalten - immer mehr zugenommen. das scheitern der reformstrategie des justizministeriums manifestiert sich in der brutalen reaktion auf jede form von solidarität unter den gefangenen. die künstlich erzeugte solidarisierung mit den herrschenden und ihrer gesellschaft ist fehlgeschlagen. die wohltaten, die man den gefangenen antun wollte, kehren sich um in schläge, in folterungen und morde (wie in mannheim). die institutionen der resozialisierung destruieren jedes echte soziale verhalten, jede solidarität unter den gefangenen selbst - durch isolierung, verlegung, erpressung, niederschlagung und verächtliche reduzierung jedes widerstandes und stellen sich damit als das heraus, was sie als verfeinerte unterdrückungsapparate sind. - der verlauf der weiteren repressalien ist klar: man wird versuchen, den widerstand (der selbst gewaltlos ist) mit brutaler gewalt niederzuschlagen; und dann wird man von den forderungen des zerschlagenen widerstands einige aufnehmen und auf administrativem weg und als neues erpressungsmittel gegen die gefangenen selbst durchsetzen.

die frauen der stuttgarter frauengruppe "solidarität" haben die vorgänge in schwäbisch gmünd durch info-stand, presse und rundfunk bekanntgemacht. eine demo vor dem knast wurde nach kurzer zeit von den bullen aufgelöst.

13. august — es befinden sich momentan mindestens 12 frauen noch im hungerstreik - auch die 4 jugendlichen sind noch isoliert.

DARMSTADT(ID) — DER KAMPF UM DIE OETINGER - VILLA GEHT WEITER

14.august — wie in id 40 berichtet, versuchen die parteien und der magistrat darmstadts die ansätze eines selbstverwalteten jugendzentrums zu zerschlagen. zu dem, was in der zwischenzeit passiert ist einen auszug aus der stellungnahme des stadtjugendrings darmstadts

"... selbstverwaltung wird zugestanden als eine administrative form - nicht aber als eine neue qualität. nach dem willen des magistrats wäre an der selbstverwaltung nichts auszusetzen, wenn sie sich an den beschlüssen des magistrats orientierte.

beginnen aber die jugendlichen ihre interessen zu formulieren und versuchen diese dann auch im rahmen der zugestandenen selbstverwaltung durchzusetzen, gibt es ärger. naturgemäß gibt es zwischen den jugendlichen und dem magistrat keine interessengleichheit. aus diesem grund werden im rahmen eines selbstverwalteten jugendzentrums immer konflikte auftreten und es werden von den jugendlichen beschlüsse gefaßt werden, die dem magistrat nicht passen. nur wenn das wie hier im fall oetinger-villa geschieht, dann setzt der magistrat seine realen machtmittel ein. er dreht den geldhahn zu und erklärt das projekt als gescheitert und die durchführung offener jugendarbeit in darmstadt zur zeit für unmöglich. die liquidierung der offenen jugendarbeit stellt eine bankrotterklärung der angeblich "jugendfreundlichen" politik des magistrats und der spd dar.

damit beweisen magistrat und spd-fraktion, daß sie nicht bereit sind, sich an die von ihnen selbst verabschiedeten richtlinien zu halten (jugendplan, konzeption oetinger-villa, darmstadtplan der spd, nutzungsvertrag oetinger-villa). zugleich zeigt die entwicklung, daß das gerede von der selbstverwaltung den "reformern" von der spd nur solange als progressives alibi diente, wie die jugendlichen "nicht aus dem ruder laufen". in dem moment, wo jugendliche demokratische selbstverwaltung ernst nehmen und sich politisch artikulieren, zeigt der magistrat die kehrseite seiner marke: er liquidiert die offene jugendarbeit, dreht den geldhahn dicht und droht mit berufsverboten. zugleich kapituliert er vor der politischen kraft der jugendlichen und rettet sich in repressive maßnahmen.

zur aktuellen situation: der vorstand des stadtjugendringes stellt fest, daß in sachen jugendzentrum oetinger-villa verhandlungspartner der verein jugendzentrum darmstadt e.v. ist. der stadtjugendring geht bis zu einer endgültigen klärung von der gültigkeit des zwischen magistrat und verein abgeschlossenen nutzungsvertrages aus.

mit schreiben vom 29. 7. 74 lädt der zuständige dezernent dr. staudt die mitglieder des jugendwohlfahrtsausschusses zu einer sitzung des jwa am 13. 8. 74 ein. einziger tagesordnungspunkt: jugendzentrum oetinger-villa. am 10. bzw. 12. 8. 74 geht den mitgliedern des jwa eine magistratsvorlage als arbeitsunterlage für die sitzung zu. in dieser vorlage sind vier vorschläge über die künftige nutzung der oetinger-villa enthalten. bereits anfang august hat der ub' vorstand der spd beschlossen, daß die oetinger-villa dem jugendamt unverzüglich nach fertigstellung zu übergeben ist, welches die räume an anerkannte darmstädter jugendgruppen vergibt bzw. sie für einige veranstaltungen nutzt. der ob hat die unterbringung der jugendmusikschule in der oetinger-villa ins gespräch gebracht. ebenso ist die mütterschüle in die diskussion gebracht worden

am 14. 8. nun wird der magistrat über die nutzung der oetinger-villa entschieden. der jugendwohlfahrtsausschuß hat in seiner sitzung dem vorschlag 1 zugestimmt, nachdem die anträge der jugendringvertreter auf öffentlichkeit der sitzung und nichtbefassung der vorlage abgelehnt worden sind.

die magistratsvorlage enthält eine so grafierende änderung des nutzungskonzepts - nämlich den fortfall der offenen jugendarbeit - obwohl beschlüsse des magistrats und der stadtverordnetenversammlung vorliegen, die die einrichtung eines jugendzentrums in selbstverwaltung (mit trägerverein und jugendclub) vorsehen.

diese magistratsvorlage beinhaltet die liquidation der offenen jugendarbeit in darmstadt bevor sie überhaupt richtig begonnen werden konnte. die bisher einzige möglichkeit offener jugendarbeit in der bäko wurde durch bagger zerstört. jetzt sind mit ausnahme des max-rieger-heims im martinsviertel keine räume für die offene jugendarbeit vorhanden. die situation hat sich mit abriß der bäko und der verhinderung der selbstverwaltung in der oetinger-villa verschlechtert.

dem jugendring soll jetzt zugemutet werden, sein konzept der offenen jugendarbeit, für das er jahrelang gekämpft hat, einfach über bord zu schmeißen und dem verein durch den einzug ind die oetinger-villa in den rücken zu fallen. die 4 alternativvorschläge. die im grunde gar keine sind, sollen dem jwa vorgaukeln, er hätte noch möglichkeiten, auf diese vorlage einzuwirken.

der stadtjugendring sieht die magistratsvorlage als einen spaltungsversuch an der jugend darmstadts in organisierte und nicht-organisierte jugendliche an.

der stadtjugendring soll jetzt herhalten. so schreibt das darmstädter tageblatt am 14. 8. 74 "am sjr wi rds also letztlich hängen, ob die villa den namen jugendhaus noch verdient."

so einfach ist das also, dem sjr soll jetzt die verantwortung zugeschoben werden, ob die oetinger-villa jugendzentrum wird oder nicht. nach der vorliegenden magistratsvorlage kann von einem jugendzentrum nicht mehr gesprochen werden. allenfalls ließe sich die oetinger-villa als jugendheim bezeichnen, in dem verschiedene gruppen ihre räume für gruppenabende haben.

in seiner nächsten vollversammlung am 28. 8. 74 wird der sjr sich mit dem thema "jugendzentrum oetinger-villa " befassen und hierzu eine stellungnahme abgeben."

FRANKFURT (ID) SCHUBERTSTRASSE 27 AM 6. 8. 1974 GERÄUMT !

15. august

daß in frankfurt ein haus geräumt wird , ist nichts neues. daß es geräumt wurde praktisch ohne widerstand - ohne öffentlichkeit - ohne anschließende demonstration - das war neu. zumal, und das ist auch ein novum, nicht einmal eine abrißgenehmigung vorliegt und der eigentümer sich die räumung mit dem trick ergaunert hat, daß er gesagt hat, er will das haus renovieren, während der räumung aber schon erklärte, daß er es nicht renovieren läßt und jetzt darauf wartet, daß er seine abrißgenehmigung doch noch bekommt. wir alle haben das gewußt, und auch vorausgesagt. widerstand unter diesen bedingungen wäre nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich auch erfolgreich und gut zu vermitteln gewesen.

dennoch ist nichts geschehen, warum?

sicher, es waren semesterferien - aber machen wir uns nichts vor, die schubertstr. wäre in jedem fall einsam gestorben. es gab wenig sympathie für die bewohner der schubertstr. 27. sie haben sich kaum an der arbeit des häuserrats beteiligt, es waren keine organisierten genossen, die starke fluktuation nach der besetzung führte endlich dazu, daß in der schubertstraße keiner der berühmten genossen mehr wohnte. da wohnten also einfach eine handvoll junger typen, teilweise noch von auswärts und mit frankfurter verhältnissen kaum vertraut, lebten so in den tag hinein, kümmerten sich um nichts und ließen sich auch ohne nennenswerten widerstand rausschmeißen.

wir sind keine organisierten genossen, sondern gehören zu dem teil von genossenfußvolk, der bei demos und teach-ins die 4.000 leute ausmacht, der bei aktionen auf der straße dabei ist, aber auf terminen nicht zu wort kommt.

als die schubertstraße geräumt wurde, waren wir auch auf der straße, aber ziemlich alleine. das haus wäre früher oder später auf jeden fall geräumt worden - das ist klar. die frage ist, mit wieviel aufwand, mit wieviel öffentlichkeit. man hätte mehr leisten können, d.h. es sind möglichkeiten vertan worden, aber was hätten 15 leute mehr leisten können? wir haben flugblätter in der nachbarschaft und auf dem flohmarkt verteilt , einen stand auf dem flohmarkt gemacht, eine wandzeitung ans haus und zwei feste. wir haben termine angegeben, die außer von uns von niemandem wahrgenommen wurden.

die räumung verlief dann so, wie es wohl die meisten genossen von diesem outsiderhaus erwartet haben. ein häufchen von vielleicht 20 genossen war die einzige öffentlichkeit dessen, was euch vielleicht "ach so komisch und hilflos" vorkam. der symbolische widerstand der drei leute, die noch im haus waren und sich in einem zimmer eingeschlossen haben, war schnell gebrochen. es dauerte keine 10 minuten, bis die tür aufgetreten war.

faktisch sitzen wir jetzt auf der straße, wie damals die leute vom block, mit dem unterschied, daß wir bis jetzt bei der wohnungssuche noch keine unterstützung gefunden haben.

OBERURSEL (ID)
12. august

IN NORDIRLAND STATIONIERTE BRITISCHE SOLDATEN ERLEBEN IN WESTDEUTSCHLAND IHREN ZWEITEN TOD

seit langem wird von der abwehr der irischen republikanischen bewegung (sinn féin und i.r.a.) veröffentlicht, daß die von der britischen armee angegebenen zahlen über in nordirland von den befreiungsbewegungen verletzte oder getötete soldaten nicht mit der wirklichkeit übereinstimmen. während das britische armeehauptquartier in lisburn (nordirland) hartnäckig von 250 getöteten soldaten spricht, hat die i.r.a. definitiv 500 derart getroffene armeeangehörige gezählt. das problem der britischen armeeführung ist dabei nicht nur in mangelnder fähigkeit zur addition begründet, sondern in der brisanten frage, auf welche weise und wo die in nordirland getroffenen soldaten einen "gewöhnlichen" tod außerhalb des kampfgeschehens nachholen können. bei intensiven recherchen fiel auf, daß lokale blätter aus der gegend um paderborn und minden - porta westfalica über die zunahme mysteriöser autounfälle und ungeklärter brückensprünge britischer soldaten verwundert berichten.

zwei beispiele einer ganzen serie steigender tendenz: "zehn britische soldaten wurden bei einem unfall auf der autobahn schwer verletzt, teilte die zuständige armeestelle mit. die örtliche feuerwehr berichtet von nur sechs schwer verletzten soldaten." (westfälisches volksblatt, 17.7.74). die differenz ergibt vier soldaten, die offensichtlich einen geistertod oder eine gespensterverletzung erlitten. ähnliches: "britischer soldat nach sturz von weserbrücke tot aufgefunden. offensichtlich ist der tote in eine pfütze gefallen und dort erstickt. die obduktion wurde von britischen armeeärzten vorgenommen. die polizei schließt ein verbrechen nicht aus."

genauere berichte über solche praktiken und die ersten erfolge der agitation der kampagne "britische truppen raus aus irland" werden im bald erscheinenden info 8 dargestellt: westdeutsches irlandsolidaritätskomitee, 637 oberursel 5, postfach 35.

OBERURSEL (ID)
14. august

MIKIS THEODORAKIS, MELINA MERCOURI UND VIELE ANDERE PERSÖNLICHKEITEN FORDERN DIE SOFORTIGE BEENDIGUNG DER INTERNIERUNG IN NORDIRLAND

die redaktion der bürgerlichen irischen zeitung hibernia ruft in ihrer neuesten nummer zu einem weltweiten protest gegen die installierung von neuen konzentrationslagern in nordirland auf und fordert gleichzeitig, die bestehenden internierungslager sofort zu schließen.

dem protest haben sich hunderte von prominenten schriftstellern, professoren, ärzten und künstlern aus ganz irland angeschlossen, die dazu aufrufen, eine internationale plattform des widerstandes gegen die britische kz - politik herzustellen. unmittelbar nach der veröffentlichung dieses aufrufs unterzeichneten melina mercouri, mikis theodorakis, jock stallard (brit. parlamentsabgeordneter) und fenner brockway (brit. parlamentsabgeordneter) eine internationale protesterklärung.

die redaktion der zeitschrift hibernia hofft, auf diese weise binnen kurzem internationale widerstandsliste zu erreichen, die einige 100.000 namen enthält. das westdeutsche irlandsolidaritätskomitee hat sich dieser initiative angeschlossen und fordert dazu auf, folgende erklärung zu unterschreiben und ihm zu schicken: (textvorschlag)

ich fordere die sofortige beendigung der internierungspolitik großbritanniens in nordirland; die bereits existierenden kz - lager wie long kesh müssen sofort aufgelöst werden. für alle politischen gefangenen eine generalamnestie!

name, adresse: nationalität:

(zusendungen und informationsmaterial: westdeutsches irlandsolidaritätskomitee, 637 oberursel, postfach 35 - spenden für die politischen gefangenen auf postscheckkonto 29101 ffm., internees release association)

KIEL (ID)
13.august (s.auch id 38)

AUFNAHMEANTRAG DER VIKARE ZUM ZWEITENMAL ABGELEHNT

der versuch der acht kieler vikare, in die ötv aufgenommen zu werden, ist zum zweiten mal verhindert worden. ihr erster aufnahmeantrag war im märz 74 mit hinweis auf den extremistenbeschluss des dgb abgelehnt worden. das aufnahmeverfahren wurde dann im juli neu angesetzt. die ötv erklärt in ihrem beschluss: ... "zwar haben sich die verdachtsmomente etwaiger illoyalität gegen die gewerkschaft ötv in dem mit ihnen am 16.5.74 geführten gespräch nicht bestätigt, so daß die seinerzeitige empfehlung der bezirksverwaltung nicht aufrechterhalten wird.

der vorstand sieht aber im gemeinsamen vorgehen mit ihren kollegen, nicht nur die öffentlichkeit, sondern auch dgb-feindliche institutionen (AStA-kiel) zu aktionen zu veranlassen, bzw. deren einmischung zu dulden, als nichtanerkennung unserer satzung an. sie haben damit versucht, die entscheidung innergewerkschaftlicher gremien von außen in ihrem sinne zu erzwingen. natürlich bleibt es ihnen überlassen, so zu handeln, aber jedwede einmischung und einflussnahme außenstehender in unsere eigenen angelegenheiten wird entschieden zurückgewiesen."...

die ursprünglich gegen uns erhobenen vorwürfe hatten sich offensichtlich als zu fadenscheinig erwiesen. sie wurden deshalb fallengelassen. jetzt werden uns tatbestände vorgehalten, die überhaupt erst dadurch entstanden sind, daß wir uns gegen die ungerechtfertigten beschuldigungen der ötv-kreisverwaltung gewert haben.

ganz erstaunlich ist der vorwurf, wir hätten den asta der uni kiel, der eine dgb-feindliche institution sei, zu aktionen veranlasst, bzw. dessen einmischung geduldet. zunächst einmal wäre von der ötv-kreisverwaltung der nachweis zu führen, weshalb der asta der uni kiel eine dgb-feindliche institu-

tion sein soll.es handelt sich beim asta immerhin um die demokratisch gewählte vertretung der studentenschaft der universität.nur um einen irrtum kann es sich handeln, wenn die kreisverwaltung meint, wir hätten die macht, den asta zu aktionen zu veranlassen, bzw. ihn davon abzuhalten. nach der veröffentlichung unserer dokumentation war diese allgemein zugänglich und jeder hat das recht dazu stellung zu nehmen ohne daß wir ihn davon abhalten können.

es wird weiter gegen uns vorgebracht, wir hätten mit unserem gang an die öffentlichkeit versucht, auf innergewerkschaftliche gremien druck auszuüben. dazu ist zu sagen, daß es in einer demokratie durchaus legal und legitim ist, diskussionen öffentlich zu führen, oder durch protestaktionen endscheidungen gewählter gremien zu beeinflussen. der dgb selbst hat versucht, während der diskussion um die notstandsgesetzgebung durch protestaktionen einfluss auf das gewählte parlament zu nehmen. der vorwurf, daß dieses vergehen eine nichtanerkennung der satzung sei, entbehrt jeder grundlage. in der satzung der ötv gibt es keinen paragraphen, der es gewerkschaftsmitgliedern verbietet, entscheidungen von gewerkschaftgremien öffentlich zu diskutieren oder dagegen zu protestieren.

drei kollegen werden völlig willkürlich aus der gruppe herausgegriffen und als wortführer bezeichnet. wir vermuten, daß damit eine art rädelsführertheorie aufgebaut werden soll, die besagt, daß die gesamtgruppe bewußtlos hinter den aktionen einiger weniger hinterherläuft. demgegenüber stellen wir fest, daß die aktionen und veröffentlichungen unserer gruppe von allen acht getragen, ausführlich diskutiert und inhaltlich getragen werden.

wir haben gegen die entscheidung der kreisverwaltung inzwischen beschwerde bei der bezirksverwaltung nord-west eingelegt und bitten dabei nochmals um eure unterstützung. es hilft uns, wenn ihr protestschreiben an die bezirksverwaltung nordwest schickt. gut ist es auch, wenn ihr in eurer gewerkschaftsgruppe unseren fall dikutiert und als gruppe protestiert.
dokumentationsmaterial und kontakt: vikargruppe c/o esg 23 kiel, studentenhaus am westring

DOKUMENT 1 GEFANGENENRAT AN DAS BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ UND AN DIE LANDESJUSTIZMINISTERIEN (auszug)

betrifft übertretungen des internationalen übereinkommens nr. 29 der internationalen arbeitsorganisation über zwangsarbeit.

die bundesrepublik deutschland hat durch bundesgesetz vom 1. juni 1956 (bgbl. 1956, teil II, seite 640 ff.) das übereinkommen nr. 29 der internationalen arbeitsorganisation über zwangs oder pflichtarbeit vorbehaltlos ratifiziert.

das übereinkommen nr. 29 ist gem. art. 28 abs. 3 des übereinkommens für die bundesrepublik deutschland am 13. juni 1957 gem. einer bekanntmachung in kraft getreten (bgbl. 1957, teil II, seite 1694/95). mit der hinterlegung der 73. ratifikationsurkunde am 10. nov. 1960 wandelte sich das übereinkommen nr. 29 in eine allgemeine regel des völkerrechts und wurde nach art. 25 grundgesetz bestandteil des bundesrechts (innerstaatliches recht). allgemeine regeln des völkerrechts, die im sinne des art. 25 gg bestandteil des bundesrechts sind, derogieren (außer kraft setzen) alle gesetze, verwaltungsvorschriften und die dienst- und vollzugsordnung, die im widerspruch zum übereinkommen nr. 29 stehen, sie binden gleichermaßen legislative wie exekutive und erzeugen rechte und pflichten unmittelbar für jede behörde (auch die strafverfolgungsbehörde) und für jeden bewohner des bundesgebietes.

nach art. 2 des übereinkommens ist jede zwangs- und pflichtarbeit zum vorteil privater arbeitgeber, firmen oder vereinigungen innerhalb und außerhalb der vollzugsanstalten verboten. gefangenenarbeit zum vorteil privater arbeitgeber innerhalb und außerhalb der vollzugsanstalten ist nur auf freiwilliger basis, wenn sich die gefangenen freiwillig anbieten ohne druck und strafandrohung irgendwelcher art, vorbehaltlich solcher garantien wie zahlung normaler tariflöhne und sozialversicherungsbeiträge , zulässig. (vgl. allgem. übersicht über zwangsarbeit von 1968 in teil III abs. 79 des berichts über zwangsarbeit von 1968 in teil III abs. 79 des berichts des sachverständigenausschusses der internationalen arbeitsorganisation für die durchführung von internationalen übereinkommen und empfehlungen.) nach art. 25 des übereinkommens wird rechtswidriger einsatz zu zwangs- oder pflichtarbeit als strafbare handlung bestraft: "die unberechtigte auferlegung von zwangs- oder pflichtarbeit ist unter strafe zu stellen. die mitglieder, die dieses übereinkommen ratifizieren, verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß die ergriffenen strafmaßnahmen wirksam sind und streng vollzogen werden."

unter verletzung der art. 2, 4, 5, 14, 15, 22, 23, 24 und 25 des übereinkommens beutet die justizverwaltung die gefangenenarbeit durch zwangsarbeit aus, die durch strafandrohung erzwungen wird.

die justizverwaltung beutet schätzungsweise 95 prozent der von privaten firmen gezahlten löhne für ihre zwecke aus, während die zwangsarbeiter selbst nur etwa 5 prozent des lohnes in form einer "arbeitsbelohnung" erhalten.

jährlich erzielen die justizverwaltungen durch die ausbeutung der zwangsarbeit einen profit von schätzungsweise 350 bis 500 millionen mark.

die gefangenen werden auf der stufe der sklaverei ausgebeutet, auf der stufe der völligen rechtlosigkeit und gleichgültigkeit der einzelnen person. die ausbeutung, die in den gefängnissen betrieben wird, betrifft nicht nur die arbeitskraft des gefangenen, seine industrielle produktivkraft, sondern auch seinen körper, der selbst noch als organische substanz ausgebeutet wird, indem man ihn zu medizinischen, psychologischen u.a. experimenten zwingt, indem man medikamente an ihm ausprobiert oder organteile extrahiert, blut abnimmt oder ihn als rohmaterial für dissertationen u.a. benutzt. diese art der ausbeutung geht weit

hinter die ausbeutung der arbeiterklasse zurück, sie ist moderne sklaverei, wobei die versklavung von arbeitskraft bis zur letzten konsequenz, der ausraubung eines menschlichen körpers, fortgesetzt wird.

alles das geschieht gegen bestehende gesetze und internationale konventionen, die nur auf dem papier stehen. wir verzichten darauf, an diesem papier, das praktisch nichts wert ist, etwas ändern zu wollen - doch wir werden mit allen mitteln, bis zur letzten konsequenz, bis zum risiko unserer eigenen vernichtung , den kampf gegen ein im ganzen verbrecherisches system aufnehmen, das wir vernichten müssen, um leben zu können.

kommissarischer gefangenenrat

DOKUMENT 2 RADIO 88

3 leute von radio 88, einer illegalen schwedischen radiostation, die nach stockholm und umgebung sendet, besuchten das büro von peoples news service in london. das ist eine zusammenfassung dessen, was sie über ihre techniken, ihre geschichte und funktion erzählt haben.

"vor zwei jahren ungefähr fingen wir mit der radiostation an. eine gruppe von leuten fing an, illegal zu senden - vor allem, weil es spaß machte. der inhalt der programme bestand wesentlich aus musik, witzen und etwas politik. bald wurden die leute von der polizei gesucht und das thema fand große öffentlichkeit auf den titelseiten der stockholmer tageszeitungen. die initiatoren wurden mit der zeit politischer, teils wegen der heftigen reaktion der polizei, teils, weil immer mehr leute daran interessiert waren, mitarbeiteten und den wirkungshorizont erweiterten.

aus naheliegenden gründen möchten wir nicht sagen, wieviele wir sind. wir sind alle sozialisten - allerdings mit unterschiedlichen auffassungen; einige sind anarchisten, einige kommunisten usw. eine feste gemeinsame ideologie haben wir nicht. wir arbeiten auf einer lockeren kollektiven basis, haben aber sorgfältige sicherheitsmaßnahmen getroffen, die wir streng einhalten.

wir senden einmal wöchentlich, sonntags von 21 bis 22 uhr auf 88 mhz, daher unser name. wir bringen die funkstation jede woche an einen anderen ort. alle sendungen sind auf band aufgenommen, so daß wir nur alles aufzubauen brauchen, weggehen - und dann, wenn alles sicher ist, vielleicht nach einer stunde, einem tag oder zwei tagen nach der sendung, das zeug wieder abholen. sehr oft senden wir von einem der großen wohnsilos aus, weil die in schweden unten von innen abgeschlossen werden. selbst wenn die polizei uns ortet, hat sie immer noch die schwierigkeit, drinnen den sender zu lokalisieren. oft fahren wir in die wälder kurz vor stockholm und bauen dort alles auf. natürlich beobachten wir die wichtigen strassen, falls die bullen während oder nach der sendung kommen. bis jetzt haben sie nur drei apparate geschnappt - und das in zwei jahren. uns kostet es ca. 360 dm, wenn wir einen neuen bauen; jetzt sind wir dabei, ein duplikat zusammenzusetzen, falls sie wieder einen schnappen.

es gab zeiten, wo wir von 60 bis 70 polizeiautos gleichzeitig gejagt wurden. jetzt versuchen sie es nicht mehr jede woche. tatsächlich werden wir von amateurfunkern früher geortet als von polizei und post, die sich gegenseitig beschimpfen, weil wir noch nicht gefaßt sind. ein genosse hat sich mal als reporter ausgegeben und einen polizisten interviewt und ihn nach seiner einschätzung gefragt, wann wir wohl erwischt werden würden. das ganze wurde 15 minuten später von uns gesendet.

wir nutzen unsere sendezeit unterschiedlich. wenn z.b. ein größerer streik in stockholm läuft, versuchen wir, interviews mit den arbeitern zu machen. wir bringen sowohl inlands- als auch auslandsnachrichten. auch poesie und musik, die normalerweise nicht bekannt werden, werden von uns gebracht. wir fahren öfters aufs land und nehmen echte volksmusik auf.

aus prinzip gibt es bei uns keine reklame. wir bekommen auch von keiner gruppe regelmäßige spenden. zum teil wird die station dadurch finanziert, daß "radio 88 - unterhemden" durch indirekte kontakte verkauft werden. sogar leute, die bei der post arbeiten, tragen sie.

wir wissen nicht, wieviele leute uns hören. kürzlich haben wir die sache so gedreht, daß uns die hörer in einer öffentlichen telefonzelle anrufen konnten, die in schweden keine nummern haben. die polizei wunderte sich sehr, wie wir die rausgekriegt haben. in einer halben stunde hatten 40 leute angerufen, dann mußten wir allerdings abhauen.

post, die an die adresse unten geschickt wird, erreicht uns irgendwie. wir sind sehr daran interessiert, von irgendjemandem, der erfahrungen mit illegalen sendern hat, zu hören. wir sind auch dankbar für material, das wir senden können. für uns steht als nächstes eine fernsehstation auf dem programm - das meiste material dafür ist schon vorhanden.

radio 88, poste restante, 101 02 stockholm 1, schweden

DOKUMENT 3 REISEIMPRESSIONEN VOM "NEUEN" PORTUGAL - EINE SPANISCHE JOURNALISTIN BESUCHT LISSABON

drei monate nach dem staatsstreich vom 25. april ist die atmosphäre in lissabon

nicht mehr so explosiv wie in der stunde des sieges. die leute haben auf den aufruf von spinola ("die zeit der euforie darf nicht ewig dauern") positiv reagiert, und alles geht seinen normalen weg. die nerven haben sich beruhigt, die erregung über die neue freiheit beginnt abzuklingen, und die portugiesen sehen heute - nach 46 jahren faschismus - mit vertrauen in die zukunft. natürlich findet der begonnene wandel sowohl bei den leuten als auch auf kultureller ebene sein echo; das entwickelt sich jedoch so spontan, daß kein besucher sagen könnte, er befinde sich in einem land, wo gerade eine revolution begonnen hat.

während meines aufenthalts in portugal habe ich drei demonstrationen und einen wichtigen streik, den der postler, erlebt. bei keiner der aktionen gab es die geringste gewalt. auf völlig friedliche weise äußerten die verschiedenen gruppen ihre forderungen, ohne tumult, ohne aufruhr, ohne polizei. die ordnung bestimmt das öffentliche leben. staatliche institutionen, banken, ministerien: alles funktioniert im gewohnten rhythmus, und die meisten leute, fragt man sie über die neuen perspektiven, die der nation offenstehen, antworten ruhig: "wir werden sehen, noch ist es zu früh. jetzt haben wir die freiheit gewonnen, das ist schon viel."

die spuren der revolution sind indessen an häuserwänden und zahlreichen monumenten, die die portugiesen so lieben, geblieben. "graffiti" in allen farben zeigen deutlich die herrschende notwendigkeit, sich zu äußern, nachdem fast ein halbes jahrhundert lang die möglichkeit dazu verboten war.

"es lebe die freiheit", "tod der Pide", "öffentliche verurteilung aller kriminellen faschisten", "hoch die bewaffneten streitkräfte, die retter des volkes"..... das denkmal des marqui von pombal an der kreuzung der avenida de liberdade, der fontes pareira de melo und der juan antonio de aguiar ist mit seiner verwirrenden vielfalt von forderungen und parolen das repräsentativste beispiel für die freiheit des ausdrucks. einige ladenbesitzer haben versucht, die fassaden ihrer geschäfte zu reinigen, aber umsonst. am nächsten tag sind die malereien mit denselben buchstaben wieder am selben fleck.

kaum bin ich am flughafen von lissabon angekommen, bringt mich ein taxi zur stadt, an dessen rückscheibe man den seltsamen spruch lesen kann: "gerechtere preise für gerechtere löhne!" - was uns unmittelbar mit dem "neuen portugal" in kontakt bringt, wie alle portugiesen ihr vaterland jetzt stolz nennen. das radio sendet das lied von josé alfonso, das alle leute im gedächtnis haben:

"grandola, braunes dorf,
land der brüderlichkeit, volk, das in dir, o stadt, regiert."

das ist das von salazars regime verbotene lied (es erinnert an eine stadt, die gegen salazar rebellierte), und mit ihm wurde der staatsstreich entfesselt; dann ein anderes lied von paulo de carvalho "und nach dem abschied", das von den "rebellen" als signal für die mobilisierung der streitkräfte benutzt wurde. und weiter josé alfonso:

"an jeder ecke ein freund,
in jedem gesicht gleichheit,
grandola, braunes dorf,
land der brüderlichkeit."

es stellt das symbol des widerstands und des triumphs der streitkräfte dar. nach ihm haben hunderte von neuen, exilierten autoren den plattenmarkt mit ihrer botschaft der freiheit überschwemmt

das wort "freiheit" sieht und hört man überall, ja, es scheint in der luft zu schweben. die zeitungen, frei von zensur, veröffentlichen in großer aufmachung artikel der "portugiesischen gesellschaft für die scheidung", der "frauen-bewegung", alle fordern die freiheit der organisation in einem land, in dem bis vor drei monaten sich nicht einmal die universitätsrektoren organisieren durften. dennoch scheint die politische linie der zeitungen noch nicht klar definiert zu sein. nur "a republica", die einzige zeitung, die im rahmen des möglichen gegen das frühere regime opponierte, und das zentralorgan der kp, "avante", das heute mit einer auflage von 350tausend ans licht kommt, nur diese beiden haben eine kritische haltung bewahrt. die anderen publizieren im moment alles, scheinen aber ihre position noch offen zu halten.

die lissaboner und alle portugiesen reden ununterbrochen von politik. der taxifahrer, der frisör, der kellner, die funktionäre des ministeriums für soziale kommunikation (früher information und tourismus), alle welt redet, fragt, überlegt ohne angst vor den ohren des nachbarn.

plötzlich interessieren sich alle portugiesen leidenschaftlich für politik. die worte freiheit, faschismus, diktatur, demokratie hört man in jeder unterhaltung. die auflage der sportzeitungen ist überraschend gesunken, während sich die der politischen blätter verdoppelt hat. auf denterrassen der cafés in der abenddämmerung reden die männer nicht mehr über das letzte fußballspiel zwischen "sporting" und "benfica", sondern über politik.

die lektüre wird auf der straße unterbrochen, an den ecken, unter neonlicht ebenso wie am hellen tag, in jedem der herrlichen parks und botanischen gärten, die die portugiesische hauptstadt schmücken, unter dem schatten eines baumes, entfalten die lissaboner ihre zeitungen oder öffnen ihre bücher, die sie in einem der zahlreichen geschäfte gekauft haben, die mit großen roten buchstaben anbieten: "bücher, die vor dem 25. april verboten waren". die kommerzielle ausbeute ist unendlich. bücherläden,

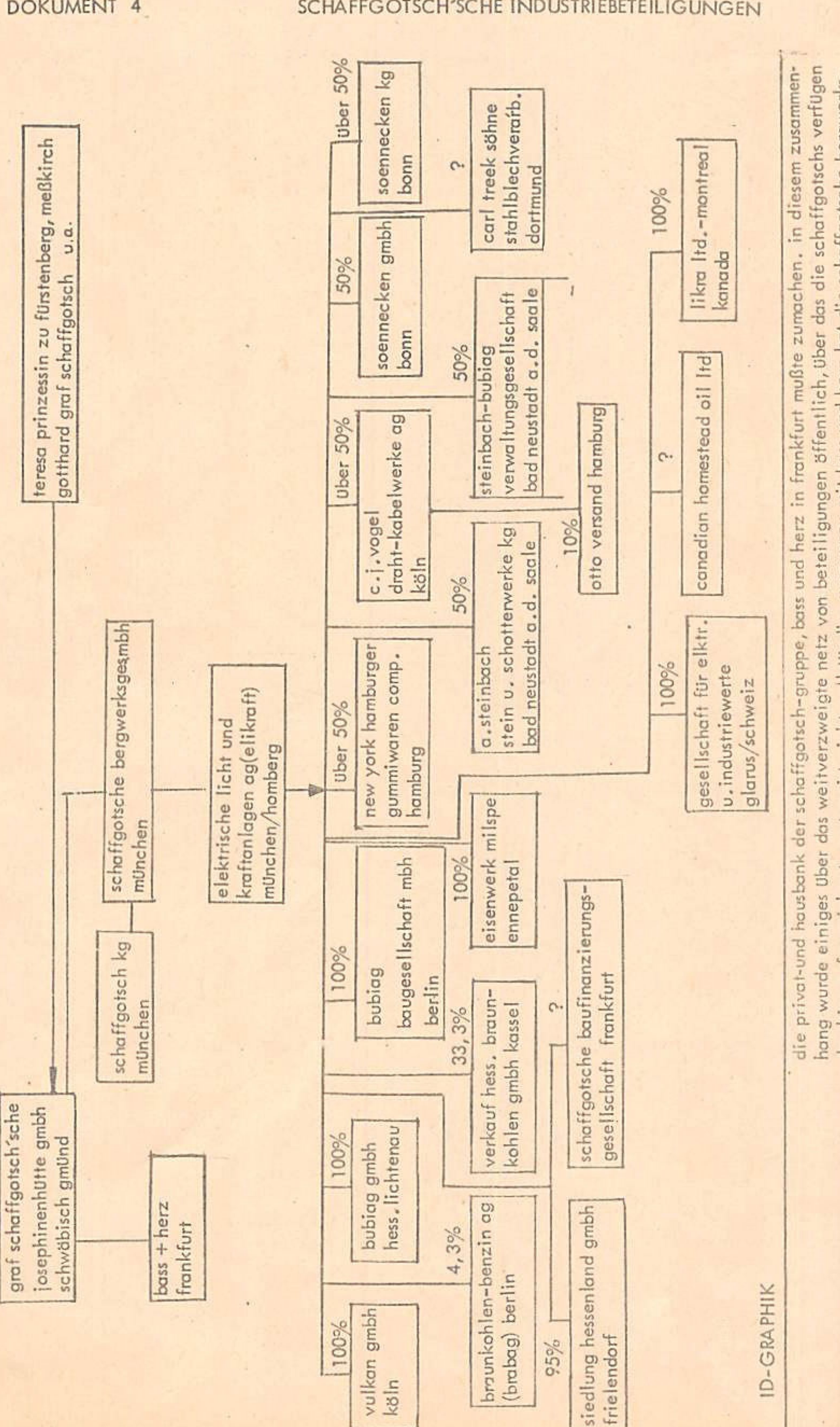
Seite 11 hinter Seite 4 →

kioske, straßenverkäufer bieten neben den büchern, "die von der faschistischen zensur verboten waren", zeitschriften und plakate in ausländischen publikationen, in denen sich der stolz auf die jüngst errungene freiheit widerspiegelt.

die rote nelke, das symbol der revolution, ist zwar nicht mehr auf den gewehren der soldaten zu sehen, aber man findet sie überall: in den schaufenstern der großen kaufhäuser, auf den tischen der cafés, an den schaltern der banken, für die portugiesen ist sie fast so populär wie der berühmte hahn für die barceloneser.

(erschien ende juli als erster teil einer serie in der zeitung "la vanguardia espanola". die anderen teile sind nicht mehr veröffentlicht worden: die faschistische zensur hat zugeschlagen)

DOKUMENT 4 SCHAFFGOTSCH'SCHE INDUSTRIEBETEILIGUNGEN



ID-GRAPHIK

die privat-und hausbank der schaffgotsch-gruppe, bass und herz in frankfurt mußte zumachen. in diesem zusammenhang wurde einiges über das weitverzweigte netz von beteiligungen öffentlich, über das die schaffgotschs verfügen das hier aufgezeichnete system ist nicht vollständig. zusammen mit bass und herz hat die schaffgotsche bergwerksgesellschaft mbh münchen konkursantrag gestellt. das bedeutete auch für die arbeiter und angestellten des eisenwerks milspe-ennepetal, daß sie ihre arbeit verlieren. 500 sind davon betroffen. die bfg wollte das risiko einer finanziellen stützung mit 3-4 mio. dm nicht wagen.